6. Die EU bereitet sich auf die Niederschlagung von Aufständen vor

Von Medien und Öffentlichkeit unbemerkt werden jetzt überall in Europa Sondereinsatzkräfte darauf vorbereitet, erwartete soziale Proteste mit Gewalt niederzuschlagen.

Nicht einmal die mit der Kontrolle der Geheimdienste befassten deutschen Abgeordneten wussten bis in die jüngste Gegenwart, dass es seit mehreren Jahren schon einen europäischen Geheimbund von Spitzeln gibt, dessen Ziel vor allem EU-Gegner und Euro-Kritiker sind. Der Gruppe namens *European Cooperation Group on Undercover Activities* (ECG) gehören nicht nur Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden aus EU-Staaten an. Auch Albanien, Kroatien, Mazedonien, Norwegen, Russland, die Schweiz, Serbien, die Türkei und die Ukraine sitzen mit am Tisch, wenn es um die Bekämpfung von »politisch motivierter Kriminalität« mit EU-Bezug geht. Den offiziellen Vorwand für die Treffen liefern »Koordinierungsgespräche zur Beobachtung von grenzüberschreitend aktiven Fußball-Rowdys«.

SCHULDENFALLE

EU in Panik: Angst vor sozialen Unruhen, Sparkurs abgebrochen

Deutsche Wirtschafts Nachrichten

Die Europäische Kommission zieht in Panik die Reißleine und hat allen Schuldenstaaten erlaubt, noch mehr Schulden zu machen. Die EU warnt die Länder zugleich, dass sich die wirtschaftliche Lage immer schneller verschlechtert. Die EU will mit dem Ende des Sparkurses verhindern, dass es zu sozialen und politischen Unruhen kommt.

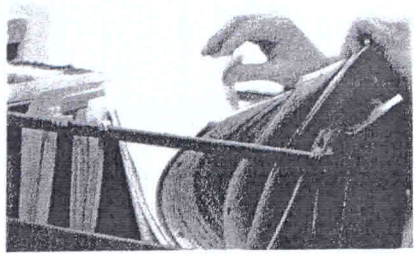
Die Überwachung schreitet voran

Die Sorge darüber, dass Menschenmassen in vielen Ländern zeitgleich auf die Straßen gehen und den Regierungen gefährlich werden könnten, ist derzeit das Hauptthema dieser Gesprächsrunden. Während sich in der geheim tagenden ECG-Gruppe vorwiegend Vertreter von Polizeibehörden treffen, geht es in dem noch weitaus geheimnisvolleren Arbeitskreis *International Working Group on*

Police Undercover Activities (IWG) vor allem um den Austausch neuester Entwicklungen auf dem Gebiet der Überwachungstechnologie. Neben den EU-Staaten sitzen dann auch Vertreter aus Australien, Kanada, Israel, Neuseeland, Südafrika und den Vereinigten Staaten mit am Tisch, zudem Forschungseinrichtungen und Firmen, die Überwachungstechnologie herstellen. Die Arbeitsgruppen bilden länderübergreifend Teams, die beispielsweise potenzielle mutmaßliche Rädelsführer von inneren Unruhen beobachten und Kontaktpersonen in deren Umfeld einschleusen sollen. Um die grenzüberschreitenden Aktivitäten zu vereinfachen, wurde ein *International Business Secretariat* (IBS) gegründet. Dort werden beispielsweise falsche Pässe ausgestellt. Das hat inzwischen auch die deutsche Bundesregierung bestätigt. Aufgabe des IBS sind nach Angaben der Bundesregierung »Fragestellungen aus dem Bereich der Legendierung«, also die Schaffung von »Tarnidentitäten zu Einsatzzwecken«.

6.1. Bürger als Staatsfeinde im Visier

Was aber sollen diese vielen gut getarnten Geheimorganisationen in der Praxis erreichen? Nach den schweren Krawallen in Griechenland, Spanien, Italien, Portugal, Bulgarien, Rumänien und mehrere Tage währenden gewalttätigen Unruhen in britischen Ballungsgebieten werden anti-militaristische und anarchistische, globalisierungs- und bankenkritische Gruppen ebenso wie Bündnisse von Euro- und EU-Gegnern als potenzielle Gefahr für die Innere Sicherheit betrachtet. Während die Infiltration der vorgenannten Gruppen durch Anwerbung von Informanten Erkenntnisse über geplante Aktionen aus dem Protestspektrum liefern soll, werden parallel dazu Dossiers über Bürger angelegt. In diesen werden Euro- und EU-Kritiker beispielsweise nach künftiger »Gefährlichkeit« farblich (rot, gelb und grün) in elektronischen Akten nach ihrem »umstürzlerischen« Potenzial eingestuft. Diese »Conspiracy«-Dateien stehen allen verdeckten ECG- und IWG-Mitarbeitern zur Verfügung, während die Betroffenen davon keine Kenntnis haben. Nach den länderübergreifenden Bestimmungen (»potential indicators of activities«) wird beispielsweise als »gelb« eingestuft, wer öffentlich für Datenschutz oder Berücksichtigung der Privatsphäre (»privacy«) eintritt. »Rot« ist man automatisch dann, wenn man politisch nicht korrekte Schriften liest (»revolutionary literature«). Die Inanspruchnahme bürgerlicher Freiheitsrechte macht Durchschnittsbürger hier schnell zu Staatsfeinden.



6.2. Leitfaden für Polizei- und Sicherheitsbehörden

Parallel dazu finanziert die Europäische Union ein Projekt zur Handhabung größerer politischer Proteste. So empfiehlt das Projekt »EU-SEC« aus dem Bereich der EU-Sicherheitsforschung in einem Leitfaden für Polizeiführungen bei erwarteten sozialen Unruhen etwa unter anderem, frühzeitig Daten über erwartete Teilnehmer und Rädelsführer auszutauschen, Reisesperren zu verhängen und schon jetzt gute Beziehungen zu den etablierten Pressevertretern aufzubauen, um bei den absehbaren inneren Unruhen in der EU »die Informationshoheit zu behalten«. Die Staatsanwaltschaften werden zu einer hohen Zahl von Verurteilungen angehalten, um eine abschreckende Wirkung auf politisch nicht korrekte EU-Bürger zu erzielen. Der *Leitfaden für die Polizei- und Sicherheitsbehörden* wird vom Europäischen Rat als Empfehlung herausgegeben.

Was die meisten Bürger noch nicht wissen

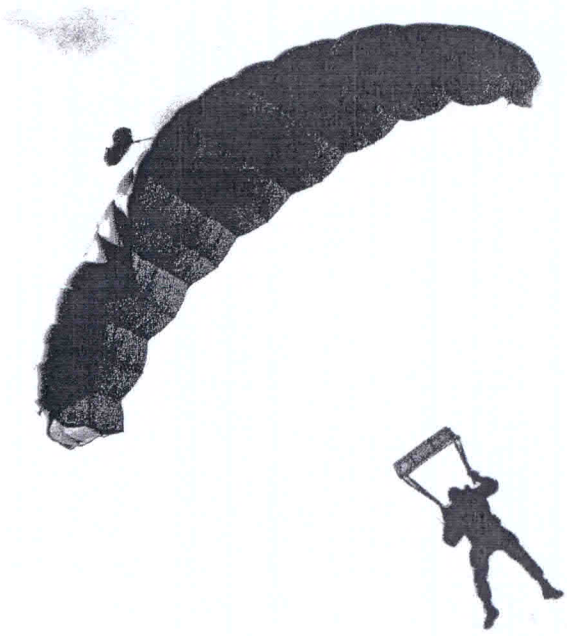
Gefordert wird in diesem etwa die ständig aktualisierte »Beurteilung der Bedrohungslage«, indem etwa »Angaben

zu Einzelpersonen oder Gruppen« übermittelt werden, »die sich voraussichtlich zum Ort von Demonstrationen begeben werden und als potenzielle Bedrohung der öffentlichen Ordnung und/oder Sicherheit gelten«. Die »Reisemöglichkeiten dieser Personen« sollen im Krisenfall – also etwa beim Euro-Crash – so weit wie möglich »beschränkt werden«. Nochmals zur Erinnerung: Es handelt sich beispielsweise um Personen, die politisch nicht korrekte Schriften lesen. Deutschland unterhält auf diesem Gebiet die beim Bundeskriminalamt angesiedelte politische Datensammlung »International agierende gewaltbereite Störer« (IgaST), die sich aus entsprechenden Datenanlieferungen durch die einzelnen Bundesländer speist. Jeder Dateneintrag in diese (willkürliche) Polizeidatensammlung führt im Krisenfall nicht nur zu Reisebeschränkungen, sondern auch zur vorübergehenden Versagung politischer Betätigung, sofern der oben schon erwähnte Aktenreiter gelb oder rot ist.

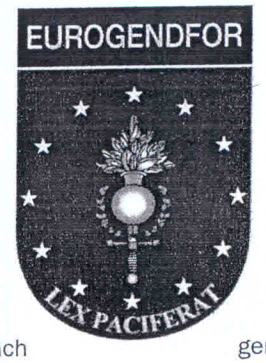
Noch geheimnisvoller ist das EU-Sicherheitsprojekt GODIAC *(Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe).* Es wird von der schwedischen Polizei durchgeführt und soll den EU-Sicherheitskräften Einsatzhilfen bei schweren grenzüberschreitenden Unruhen geben. Neben den Polizeiführungen der EU-Staaten ist an dem Projekt auch die paramilitärische rumänische Gendarmerie beteiligt, die Erkenntnisse über die gezielte und schnelle Niederschlagung von Aufständen liefern soll. Vermittelt werden die Erkenntnisse an der neuen EU-Polizeiakademie in Bramshill in Hampshire an der Südküste Englands.

6.3. Fallschirmjäger und EUROGENDFOR

Auffällig ist zudem, dass in allen EU-Staaten derzeit militärische Einheiten für den Einsatz an der europäischen Heimatfront vorbereitet werden. Man muss schon genau suchen, um in diesen Tagen kleine Meldungen wie diese zu finden: »Fallschirmjäger werden auf Bekämpfung innerer Unruhen vorbereitet«. So lautete zum Beispiel eine nur wenige Zeilen lange Meldung der *Daily Gazette* in der britischen Stadt Colchester. Die britischen Soldaten sollen, so hieß es da, aufgebrachte Bürger abwehren, die ihnen künftig mit Molotow-Cocktails gegenüberstehen werden. Nur eine Woche später titelte der Londoner *Telegraph:* »Elitetruppen sollen Aufstände niederschlagen«. Schon bald werden demnach in Großbritannien landesweit schwere innere Unruhen erwartet. 1500 Fallschirmjäger wurden darin geschult, Menschenmengen auch ohne den Einsatz scharfer Munition kontrolliert zurückzudrängen. Die Taktiken zur Niederschlagung einer unruhigen Bevölkerung, so beschreibt es der *Telegraph,* haben sich seit den Zeiten der Römer nicht geändert.



Im italienischen Vincenza sitzt der Führungsstab einer geheimen, 3000 Mann starken europäischen Sondereingreiftruppe namens »EUROGENDFOR«. Sie wurde auf Initiative der früheren französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie eingerichtet, nachdem es in Frankreich immer öfter innere Unruhen zugewanderter muslimischer Jugendlicher, die sich in Form von Straßenschlachten und Plünderungen äußerten, gegeben hatte. Die mit geheimdienstlichen Kompetenzen ausgestattete Truppe soll in enger Zusammenarbeit mit europäischen Militärs die »Sicherheit in europäischen Krisengebieten« gewährleisten. Ihre Aufgabe ist es, als Polizeitruppe Aufstände niederzuschlagen. EUROGENDFOR ist nichts anderes als eine paramilitärische Gendarmerie, die im Krisenfalle mitten in Europa anstelle von regulären Militärs eingesetzt wird, um den Eindruck abzuwenden, die Armee eines Landes schieße auf die eigenen Bürger. Dafür gibt es nun die Geheimtruppe EUROGENDFOR. Die *European Gendarmerie Force* kann theoretisch überall dort eingesetzt werden, wo die EU eine Krise sieht – beispielsweise auch, wenn ein EU-Land den Vertrag von Lissabon nicht ratifiziert oder aus dem EU-Staaten- oder Währungsverbund gegen den Willen der Brüsseler



Zentralregierung ausscheren will. Das steht so im »Vertrag von Velsen«, der die Einsätze von EUROGENDFOR regelt. Über die Einsatzstrategie entscheidet ein »Kriegsrat« in Gestalt des Ministerausschusses, der sich aus den Verteidigungs- und Sicherheitsministern der teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten zusammensetzt. Die Truppe kann entweder auf Anfrage und nach Beschluss der EU in Marsch gesetzt werden. In Artikel 4 des Gründungsvertrages heißt es zu den Einsatzaufgaben: »Schutz der Bevölkerung und des Eigentums und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beim Auftreten öffentlicher Unruhen.« Die Soldaten dieser paramilitärischen EU-Truppe müssen sich zwar zunächst beim Einsatz an das geltende Recht des Staates halten, in dem sie eingesetzt und stationiert werden, aber: Alle Gebäude und Gelände, die von Truppen in Beschlag genommen werden, sind immun und selbst für Behörden des Staates, in dem die Truppe tätig wird, nicht zugänglich. Der Moloch EU setzt damit nationales Recht auch bei der Aufstandsbekämpfung außer Kraft.

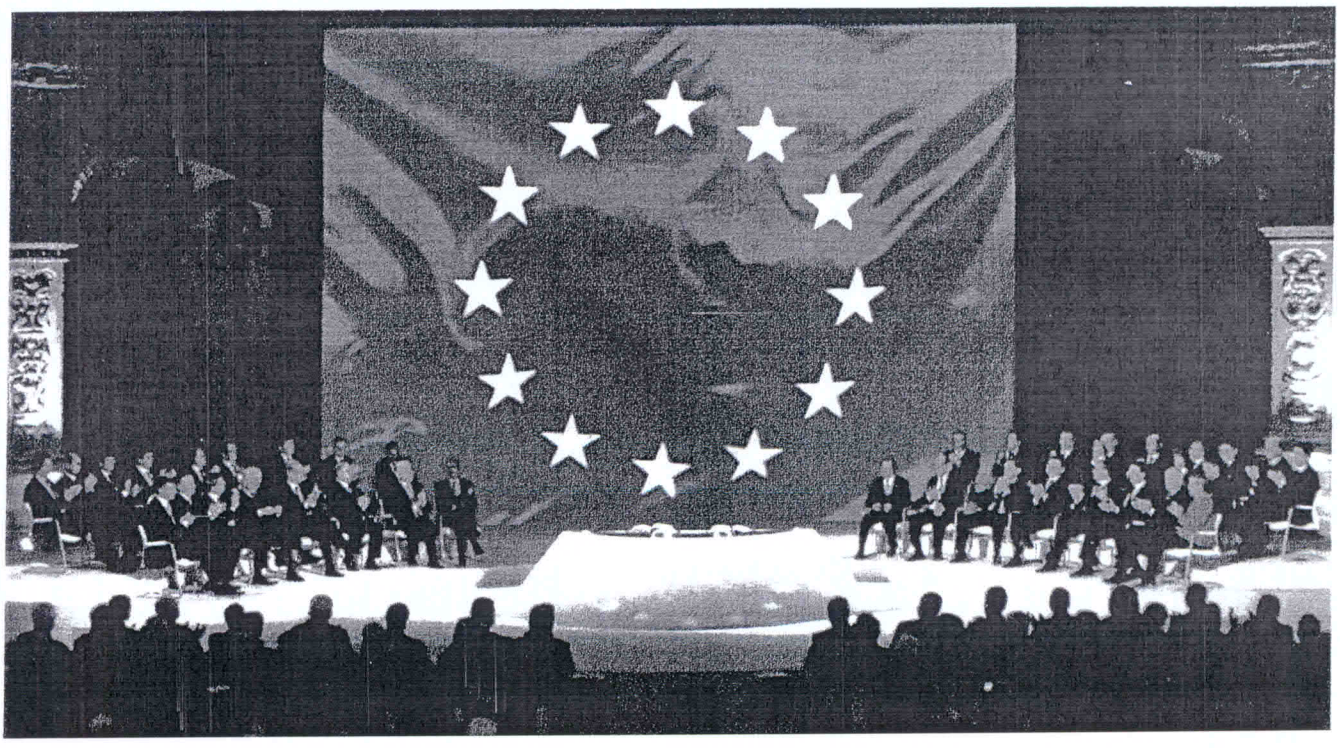
6.4. Die Rückkehr der Todesstrafe

Nochmals: Die EU verfügt über eine Eingreiftruppe – die *European Gendarmerie Force* –, und zwar zur Bekämpfung schwerer innerer Unruhen. Das ist die eine Seite. Doch die EU hat auch schon der Wiedereinführung der Todesstrafe für Aufständische innerhalb der EU zugestimmt. Und auch der deutsche Bundestag hat zugestimmt, warum nur? Sie glauben das nicht? Die Medien haben Ihnen das verschwiegen? Dann lesen Sie die Fakten: In allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist die Todesstrafe angeblich abgeschafft. Bei inneren Unruhen ist Gefängnis derzeit das Schlimmste, was Rädelsführer von Aufständen erwartet. Bislang. Und nun? Im Kleingedruckten zum Vertrag von Lissabon, dem der Deutsche Bundestag schon 2008 zugestimmt hat, heißt es, die Todesstrafe sei zwar in der EU abgeschafft, ABER:

»(2) Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen; b) jemanden rechtmäßig festzunehmen oder jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern; c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.«

Das Zitat stammt aus dem Amtsblatt der Europäischen Union vom 14. Dezember 2007. Es ist also ganz sicher keine Verschwörungstheorie. So wird die Abschaffung der Todesstrafe im Kleingedruckten der Erläuterungen sofort wieder relativiert und aufgehoben.

Halten wir also fest: Die Europäische Union verfügt über ein neues Lagezentrum für innere Unruhen, eine 3000 Mann starke Sondereinheit zur Bekämpfung innerer Unruhen und über eine gesetzliche Regelung, die die Todesstrafe für Rädelsführer von Unruhen betrifft. Aber wie bekommen die Sicherheitsbehörden Informationen, ob sich da draußen Unruhen entwickeln oder Bürger einen Wutstau haben?



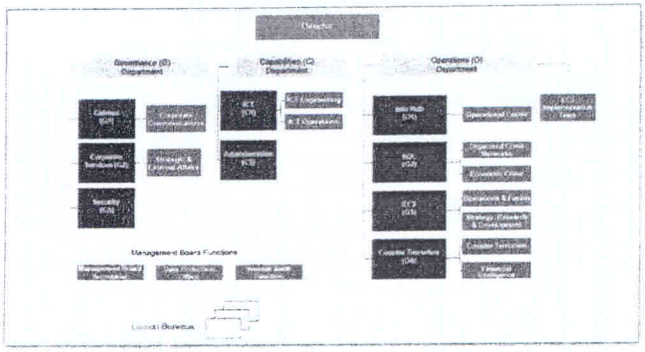
6.5. Was die EU-Geheimpolizei über Sie weiß

Haben Sie schon einmal im Internet einen Pornofilm angeschaut? Kennen Sie jemanden, der als möglicher Krimineller beobachtet wird? Welche Partei wählen Sie? Sie sind sich in Bezug auf die exakte Beantwortung dieser Fragen unsicher? Nun, die EU-Polizei weiß das alles.

Im Jahr 2013 empörten sich Politik und Medien über den technischen amerikanischen Geheimdienst NSA. Der sammelt schließlich überall in Europa flächendeckend alle möglichen Daten unbescholtener Bürger. Unsere Politiker taten so, als sei diese Praxis außergewöhnlich und auf die bösen Amerikaner beschränkt. Dummerweise haben die gleichen Politiker die EU-Polizei zu noch viel drastischeren Überwachungsmaßnahmen ermuntert. Diese Beamten wissen weitaus mehr über uns, als wir selbst. Schließlich wird dort nichts vergessen – Daten werden nicht gelöscht.

Eine geheime Datei über sexuelle Vorlieben

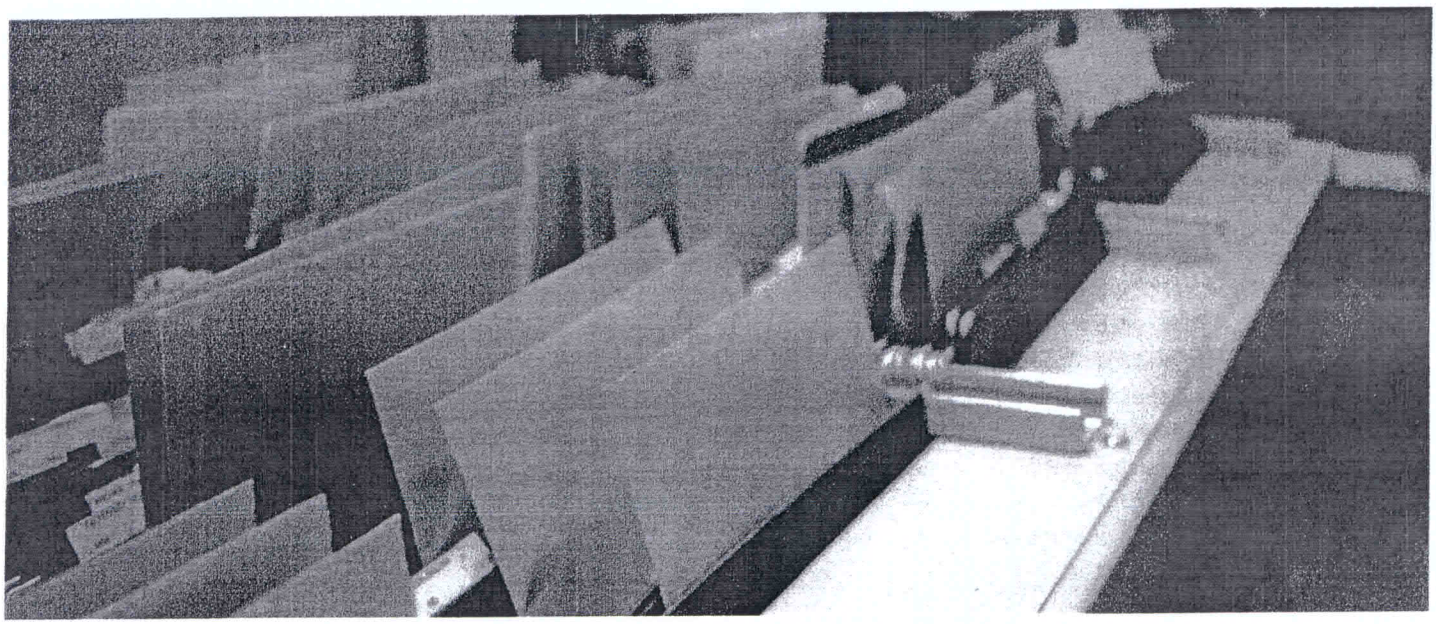
Die Behörde namens *Europol* unterhält eine weithin unbekannte Dateigruppe: Arbeitsdateien zu Analysezwecken (kurz AWF). In 20 verschiedenen Dateien wird über jeden Bürger das gespeichert, was nach deutschen Gesetzen ganz sicher verboten ist: die ethnische Herkunft, die religiöse Überzeugung, sexuelle Vorlieben, die politische Einstellung und welche Kontakte man hat oder hatte. Das sind nur einige Beispiele für eine Datensammelwut, die den amerikanischen technischen Geheimdienst NSA blass aussehen lassen könnte. *Europol* sammelt solche Daten nicht nur ohne Wissen völlig unbescholtener EU-Bürger, sondern speichert sie auch dauerhaft. Gerechtfertigt wird das mit der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung. Schließlich kann es sein, dass sich in Ihrem Bekanntenkreis ein Motorradfahrer befindet, der vielleicht gelegentliche Kontakte in das Rockermilieu unterhält. Waren vor zehn Jahren »nur« rund 150 000 Europäer in diesen verdachtsunabhängigen Datenbanken gespeichert, so ist inzwischen fast jeder Bürger betroffen. Die EU-Polizei *Europol* umgeht also die Datenschutzbestimmungen der einzelnen EU-Staaten. Im Zweifelsfall weiß die deutsche oder österreichische Polizei nicht einmal, was bei *Europol* über den einzelnen Bürger des jeweiligen Landes gespeichert ist. Klar ist nur, dass etwa Kontaktpersonen von mutmaßlichen Kriminellen gespeichert werden sollen, zudem mögliche Informanten und Zeugen – und Opfer. Wer also Opfer von Kriminalität wird, landet wie selbstverständlich mit den über ihn verfügbaren Daten bis hin zu sexuellen Vorlieben in den AWF-Dateien der EU-Polizei. Die in London ansässige Bürgerrechtsbewegung *Statewatch* kritisiert schon seit Langem, wie *Europol* mit den Daten der Europäer umgeht. Als Beispiel wird ein Bericht des EU-Parlaments aus dem Jahr 2011 zitiert, demzufolge *Europol* zum Beispiel die Daten einer Gruppe von 33 jungen Frauen führte. Diese wurden darin als Prostituierte bezeichnet und krimineller Aktivitäten verdächtigt. Später stellte sich jedoch heraus, dass die Frauen Opfer von Menschenhandel waren. Das heißt: Die Vorwürfe im *Europol*-System entbehrten jeder Grundlage. Doch obwohl *Europol* über den Vorfall informiert wurde, waren die Informationen auch ein Jahr später noch in der Datenbank der EU-Behörde gespeichert.



6.6. Angriff auf das Brief- und Postgeheimnis

Wer vor dem Hintergrund der 2013 bekannt gewordenen weltweiten Telefon- und Internetüberwachung wieder auf den klassischen Postbrief zurückgreifen will, um seine Privatsphäre zu schützen, der erlebt eine böse Überraschung.

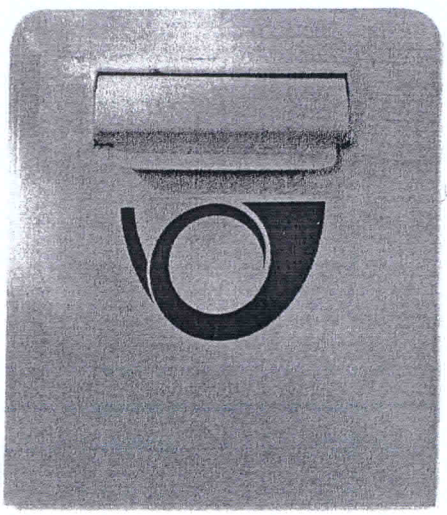
Erst enthüllte die renommierte amerikanische Zeitung *New York Times* Anfang 2013, dass in den Vereinigten Staaten alle Briefe und Postsendungen mit einem vollautomatischen Überwachungsprogramm (*»Mail Isolation Control and Tracking program«*) von außen von allen Seiten fotografiert werden. Die Aufnahmen werden in digitaler Form von den amerikanischen Geheimdiensten gespeichert. Allein in den USA werden demnach pro Jahr etwa 160 Milliarden solche Aufnahmen von ganz normalen Postsendungen angefertigt. Als Europäer wunderte man sich und dachte, das alles passiere ja nur im fernen Amerika. Das aber war und ist ein gewaltiger Irrtum.



Wenige Tage später gestanden auch deutsche Bundesbehörden ein, dass im deutschsprachigen Raum die Post vollautomatisch fotografiert, eingescannt und jeder Kontakt gespeichert wird. So kann man bei Bedarf unabhängig von Einschreiben und postalischen Sendungsverfolgungen jederzeit feststellen, wer wann wem welche Postsendung geschickt hat. Allein in Deutschland werden demnach pro Tag etwa 60 Millionen Briefadressen fotografiert. Und die so gewonnenen Daten werden auch weitergegeben. »Amerikanischen Sicherheitsbehörden stellen wir in seltenen Fällen und nach Aufforderung weitere Informationen über die Sendungen zur Verfügung«, teilte die Post dazu mit. Es handelt sich dabei offiziell um ein »Pilotprojekt«. Im Klartext: Diese merkwürdige Art der Zusammenarbeit soll insgeheim noch weiter ausgebaut werden.

1,48 Milliarden Datensätze über Briefe

Nun gibt es ja im deutschsprachigen Raum nicht nur die Post AG. Auch die Berliner Postfirma Pin Mail AG erfasst und speichert seit Jahren Adressdaten, die bei der Sortierung der Post von Behörden, Gerichten und Firmenkunden anfallen. Damit könnte die Pin AG aus Expertensicht systematisch gegen Datenschutz- und Postgesetz verstoßen. Die Firma Pin Mail kann sich offenkundig nur schwer von einmal erfassten Daten trennen. Wer vor Jahren ein paar Mahnbescheide oder Post von der Polizei bekommen hat: Pin Mail könnte sich daran erinnern. Im Schnitt 421000 Sendungen beförderte die Firma allein im vergangenen Jahr – jeden Tag. Also insgesamt knapp 154 Millionen. 27 Millionen davon stammten von Berliner Behörden und Gerichten. Die Pin AG fotografiert maschinell jeden Umschlag und liest daraus mit einer Software die Erfassungsdaten aus, also Straße, Hausnummer und Postleitzahl der Empfänger. So lässt sich Post nach Zustellbezirken vorsortieren – das machen heute alle Postdienstleister so. Drei Monate lang speichert Pin nach eigenen Angaben die Fotos von Umschlägen, die digital erfassten Daten daraus fünf Monate. Bei nachweispflichtigen Sendungen sogar ein Jahr lang. Das könnte auf Basis der pro Jahr beförderten Sendungen bedeuten, dass jeder der Pin-Mail-Mitarbeiter im Schnitt auf bis zu 64 Millionen Postwege zugreifen kann – weil alle Daten, egal von welchem Absender, in einer zentralen Datenbank landen, wie Pin Mail einräumt. So können die Mitarbeiter auch nach Monaten zumindest bei dem überwiegenden Teil der Behörden- und Firmenpost nachvollziehen, wer wem wann geschrieben hat: der Polizeipräsident, das Finanzamt oder das Amtsgericht. Paragraf 41 des Postgesetzes erlaubt es, Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen, »soweit dies zur betrieblichen Abwicklung von geschäftsmäßigen Postdiensten erforderlich ist«, setzt dem aber enge Grenzen. Wo genau diese Grenzen liegen, das ist eine gute Frage. Allein die Pin AG hat angeblich schon 1,48 Milliarden Datensätze über verschickte Briefe von Bundesbürgern gespeichert. Wie viele werden es dann erst bei der Post AG sein, wie viele bei DHL, Hermes und den vielen anderen Anbietern? Und wo landen sie letztlich? Eines ist ganz sicher klar: Die Bürger haben bislang nicht die geringste Ahnung davon gehabt, dass neben E-Mails, dem Internet- und Telefonverkehr auch ihre Postsendungen fotografiert und gespeichert werden. George Orwell konnte sich das alles ganz sicher nicht vorstellen.



7. Zwangsenteignung und innere Unruhen

Für jeden offen einsehbar planen Politiker und Wirtschaftsfachleute die teilweise Enteignung der Bundesbürger – und die Bundeswehr übt schon mal mit scharfer Munition die Niederschlagung schwerer Bevölkerungsunruhen. Vor allem die geplanten Enteignungen könnten die Wut der Bürger zur Explosion bringen.

Der renomierte Dortmunder Wirtschaftsprofessor Walter Krämer hebt hervor, dass deutsche Medien die Bürger für dumm verkaufen. Er warnt die Deutschen jedenfalls in Hinblick auf die angebliche Euro-Rettung vor den Medien und sagt: »Die Leute werden systematisch für dumm verkauft. Von der Politik, aber auch durch Ihre Kollegen Journalisten. Was *Spiegel, Süddeutsche Zeitung* bis hin zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk für Unsinn in Sachen Euro-Rettung verbreiten, ist erschreckend. Dort wird einseitig über die angeblichen Vorteile der Gemeinschaftswährung berichtet. Ich glaube, den genannten Medien sind die Probleme zu komplex.«

7.1. Brisante Planspiele der Bundeswehr

Die Wahrheit ist nun einmal mehr als unschön, ja, sie ist brutal und wird den Menschen noch immer verschwiegen. Dabei dürfte doch wohl jeder Bürger mitbekommen haben, dass im Jahr 2013 unter anderem der Internationale Währungsfonds (IWF) eine Abgabe von zehn Prozent auf unser privates Vermögen forderte. Der ein oder andere hat vielleicht auch mitbekommen, dass die Bundeswehr schon einmal angehende Generalstabsoffiziere auf die Niederschlagung von Bevölkerungsunruhen in Deutschland vorbereitet. Sicher: In den deutschen Medien gab es bislang keine Nachricht dazu. Doch gab es 2013 hierzu einen entsprechenden »Informationslehrgang« für den militärischen Führungsnachwuchs zum »Kampf gegen Aufständische in städtischen Ballungsgebieten« mit 3500 Soldaten und mehr als 700 Land- und Luftfahrzeugen.

Trainiert wurde bis zum 10. Oktober 2013 auf den Truppenübungsplätzen Bergen und Munster in der Lüneburger Heide, und zwar mit scharfer Munition. Schließlich wird erwartet, dass sich die Bürger nicht so einfach Teile ihrer Ersparnisse wegnehmen lassen werden. Getarnt wurde der erwähnte Lehrgang für Generalstabsoffiziere als Einmarsch in den fiktiven Staat »Obsidia«, bei dem die Kriegführung »im urbanen Umfeld« im Vordergrund steht. Klar wurde dabei, dass die deutsche Militärpolizei schon jetzt über Spezialeinheiten zur Bekämpfung von inneren Unruhen verfügt (»Crowd Riot Control«), die mit Schild, Schlagstock und Schutzanzügen ausgestattet sind und beispielsweise Greiftrupps und Hundeführer mit Diensthund umfassen. Diese sogenannten CRC-Kräfte haben auch schwere gepanzerte Wasserwerfer des Typs YAK, die neben der Wasserkanone auch mit einer Waffenstation ausgestattet sind. Das alles lässt nichts Gutes erahnen.